

Polizei als Krisenfrühwarnindikatoren von Bedeutung. Präventive Schritte der Polizei müssen bemüht sein, das auch durch rechtsextreme Einstellungen geprägte öffentliche Klima vor Ort in Rechnung zu stellen.

Zum anderen darf nicht übersehen werden, dass auch Polizeibeamte nicht gegen rechtsextreme Einstellungen immun sind. Auch professionelle Verfahren bei der Rekrutierung des Nachwuchses können das nicht verhindern. Informationen und Studien über das Ausmaß, die Verbreitung und die Gründe für solche Einstellungsmuster in der Polizei sind in den neunziger Jahren vorgelegt worden (Polizei-Führungsakademie 1996; Jaschke 1997), neuere Studien dazu gibt es nicht. Es ist zu wünschen, dass die bemerkenswerte Offenheit und Transparenz der Polizei gegenüber solchen sensiblen Fragen weiterhin besteht und entsprechende aktuelle Studien erstellt werden. Es ist und bleibt Aufgabe der Führungsebenen und der Aus- und Fortbildung, der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus auch in der Polizei nachhaltig entgegenzuwirken.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W., 1973: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt
- Babka v. Gostomski, Christian, 2007: Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt, S. 102–128
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann, 2009: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Tä-

ter von Gewalt (KFN Forschungsbericht Nr. 107), Hannover

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2008: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar, 2008: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Jaschke, Hans-Gerd, 1997: Öffentliche Sicherheit im Kulturkonflikt. Zur Entwicklung der städtischen Schutzpolizei in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt/New York

Polizei-Führungsakademie, 1996: Fremdenfeindlichkeit in der Polizei? Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie (= Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie 1/2), Lübeck, S. 199–220

Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar, 2008: Berlin-Brandenburg-BUS 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Handout f.d. Pressekonferenz der Dt. Paul Lazarsfeld-Gesellschaft u.d. Otto-Stammer-Zentrums an der FU Berlin am 25. 9. 2008

Bernhard Rotzinger, Freiburg*

Der Einsatz Natogipfel 2009 aus der Sicht des Polizeiführers der BAO Atlantik¹

– Konzeption und Erfahrungen –

Vorbemerkung:

Ex ante oder ex post: Die Urfrage jeder polizeilichen Tätigkeit!

Ex ante haben wir die Luft angehalten, waren wir äußerst gespannt, haben wir geplant und getan, was man planen und tun kann.

Ex post hat (fast) alles geklappt, hatten wir keine durch Fremdeinwirkung verletzte Polizeibeamten oder Bürger, keinen

Brand und keine zerbrochene Scheibe. Die Staatsgäste waren sicher, die Veranstaltungen verliefen ungestört, die Straßen waren nicht blockiert, der Verkehr lief flüssig, das Wetter war gut, und die Bürger fühlten sich sicher und nur gestört, wo nicht vermeidbar. Die Polizeibeamten aus Bund und Ländern fühlten sich willkommen, gut betreut und waren auch gut untergebracht und gepflegt. Wir haben Glück gehabt. Aber nicht nur das. Wir haben auch das polizeiliche Handwerk nach den Regeln der Kunst ausgeübt, und das hat Früchte getragen. Und wir hatten optimale Rahmenbedingungen.

Aber im Einzelnen:

1. Sicherheitsphilosophie

Seit Beginn der Planungsphase am 10. Juli 2008 hatten der Leiter des Planungsstabes und der Polizeiführer regelmäßig, in der verdichteten Planungsphase 14tägig, häufig begleitet von Führungskräften, die ihre jeweiligen Konzeptionen vor-



* 1976 Eintritt in den Polizeidienst des Landes Baden-Württemberg; nach verschiedenen Einzeldienst- und Stabsfunktionen in Freiburg und im LPP Stuttgart/ IM 1990 Aufstieg in den h.D.; Dozent für Kriminalwissenschaften an der FH Villingen-Schwenningen; Aufbau des Fachbereichs »Führungstraining« an der LPS Freiburg (sozialwissenschaftliche und betriebswirtschaftliche Führungsförderung); 1998 Leitung der Kriminalpolizei Freiburg; 2002 Ständiger Vertreter des Präsidenten des LKA BW, zugl. Leiter Abteilung 3 (Fahndung, Internationale Zusammenarbeit, Spezialeinheiten); 2006 Leiter des Referates »Führung und Einsatz der Polizei« im Regierungspräsidium Freiburg, seit November 2008 Leiter der Landespolizeidirektion im Regierungspräsidium Freiburg.

¹ Der Beitrag war Gegenstand eines Vortrages über den »Nato-Gipfel« im April 2009 im Seminar »Aktuelle Problemstellungen des polizeilichen Spitzenmanagements« im Mai 2009 an der DHPol in Münster-Hiltrup. Veröffentlicht mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion »Polizei – heute«.

stellten, einen jour fixe mit den Führungskräften des Landespolizeipräsidiums im Innenministerium, um die Planungen abzustimmen. Da wir im Planungsstab sehr kompetente und überaus engagierte Kolleginnen und Kollegen hatten, waren wir immer einen Schritt voraus, so dass wir in den Festlegungen nicht fremdbestimmt wurden. Die Abstimmungen verliefen weitgehend konfliktfrei, hinsichtlich der Strategie gab es bestenfalls konstruktive Diskussionen über den besten Weg. Dies ist der glücklichen Situation zu verdanken, dass in Baden-Württemberg die Sicherheitsphilosophie vom Innenminister bis zum Revierführer von den allermeisten Führungskräften gemeinsam getragen wird. Deshalb konnten wir von der Planung bis zur Durchführung in Strategie und Taktik einen Einsatz »aus einem Guss« fahren und unsere Energie in das polizeiliche Handwerk stecken. Unmittelbar niedergeschlagen hat sich dies in den Leitlinien des Polizeiführers – mit dem Innenministerium abgestimmt –, an denen sich der Einsatz ausgerichtet hat.

Zur Sicherheitsphilosophie gehört auch, dass der Polizei die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die sie für ihre Arbeit braucht. Für diesen Einsatz haben wir alles bekommen, was wir gebraucht haben. Zwar blieben auch einige Wünsche offen, aber verschiedentlich hatte ich das Gefühl, dass Wünsche geäußert wurden, deren Erfüllung nicht notwendig oder gar erfolgskritisch war. Natürlich waren die Verhandlungen zwischen Innen- und Finanzministerium anstrengend und phasenweise hart, aber im Ergebnis erfolgreich. Sehr froh waren wir auch darüber, dass die Länder und der Bund uns nach früher Voranmeldung und intensiver Lagedarstellung im UA FEK durch unseren Inspekteur die Kräfte und Führungs- und Einsatzmittel zur Verfügung gestellt haben, die wir brauchten.

2. Organisation und Personal

Schon nach einer ersten Lagebeurteilung des Anlasses Nato-Gipfel 2009, veranstaltet in zwei Staaten mit 30 Staats- und Regierungsdelegationen und ca. 3.000 Medienvertretern wurde deutlich, dass die Dimension des Einsatzes die Zuständigkeit und die Möglichkeiten einer Kreisdienststelle sprengt. Deshalb hat das Innenministerium die Landespolizeidirektion im Regierungspräsidium Freiburg (Mittelbehörde im dreistufigen Verwaltungsaufbau) mit der Planung und Führung des Einsatzes beauftragt. Nach ersten Vorbereitungen und Analysen haben wir am 10. Juli 2008, ein dreiviertel Jahr vor dem Einsatz, mit den konzentrierten Planungen begonnen. Nachdem der Ort der Abendveranstaltung am ersten Gipfeltag, dem 3. April 2009, vom Protokoll des Auswärtigen Amtes am 14. Oktober 2008 nach Baden-Baden in den Regierungsbezirk Karlsruhe verlegt worden war, trat die Landespolizeidirektion Karlsruhe als einsatzführende Dienststelle hinzu, und wir haben die weiteren Planungen und den Einsatz gemeinsam geführt.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für diesen Einsatz war die Personalgewinnung. Wir haben sowohl für den Planungsstab als auch für die Führungsfunktionen der BAO das Personal zielgerichtet persönlich angesprochen und gewonnen. Sukzessive haben wir die Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe und danach ganz Baden-Württemberg »durchgekämmt«. Entscheidend waren jeweils die Kompetenz, die Teamfähigkeit und die Freiwilligkeit, natürlich auch die Funktion in der Alltagsorganisation und die Abkömmlichkeit, damit die Alltagsorganisation nicht über Gebühr geschwächt wurde. Alle Funktionen wurden in Doppelbesetzung ausgewiesen, jeder Funktionsinhaber hatte ein »Vor-

schlagsrecht« für seinen Vertreter. Soweit wir Spezialisten aus anderen Bundesländern gewinnen mussten, haben die Abschnittsleiter Kollegen ihres Vertrauens angefragt, so dass auch hier das Zusammenspiel im Einsatz hervorragend und vertrauensvoll war.

Dies hat uns funktionierende Teams beschert, die polizeilichen Konfliktberater haben wir im Inneren nicht gebraucht. Für die polizeiliche Organisationskultur spricht, dass wir nicht einmal eine Handvoll Absagen bekommen haben, obwohl erkennbar war, dass auf alle richtig viel Arbeit zukommt.

Bei einem solch ausgewählten Personalkörper konnte die Führungsphilosophie unseres Leitbildes nahezu idealtypisch umgesetzt werden. Dem Prinzip Selbstverantwortung wurden alle Führungskräfte gerecht, das gegenseitige Vertrauen war vorhanden und hat auch in schwierigen Führungs- und Einsatzsituationen gehalten. Zum Beispiel war als Entscheidungsvorbehalt des Polizeiführers im Einsatzbefehl lediglich »die Auflösung von Versammlungen durch den Polizeivollzugsdienst« postuliert, wissend, dass dies bei ständiger Anwesenheit der zentralen Versammlungsbehörde vor Ort nicht zum Tragen kommen würde.

3. Besondere Aufbauorganisation (BAO) Atlantik

Für die Strukturierung der Planungen, die wir aus Effizienz- und Zeitgründen zu einem großen Teil gleich in den Einsatzabschnitten vornehmen wollten, war es erforderlich, frühzeitig eine BAO zu gliedern. Die Gliederung entsprach weitgehend den polizeilichen Standards. Neben zwei Raumabschnitten, die den örtlich zuständigen Polizeidirektionen Offenburg und Rastatt/Baden-Baden entsprachen, haben wir verrichtungszentralisierte Abschnitte nach den zentralen Aufgaben und Spezialisierungen – Zentrale Aufklärung, Verkehr, Folgemaßnahmen, Luft, Wasser, Versorgung, Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit, Reserve – eingerichtet. Strittig diskutiert und bewusst entschieden haben wir die Einrichtung eines Abschnittes Eingreifkräfte/Demonstrative Aktionen neben den Raumabschnitten, Polizeiarztlicher Dienst neben der Versorgung und Spezialeinheiten als einen eigenen Abschnitt. Diese Gliederung hat sich nach meiner Bewertung bewährt. Die Führungsspanne 14 (incl. Reserve) war vor dem Hintergrund stringenter Auftragstaktik und hoch qualifizierter Führungskräfte in den Abschnitten vertretbar und beherrschbar.

4. Planungsphase

Die Planungsphase wird vom Leiter des Führungsstabes detaillierter dargestellt. Entscheidend war aus meiner Sicht die unbedingte Lernwilligkeit aus den Erfahrungen anderer. Wir haben aus Baden-Württemberg und den Ländern Polizeiführer und Abschnittsleiter eingeladen und sind zu Ihnen hingefahren, wir führten einen sehr intensiven Erfahrungsaustausch mit den Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern zum Einsatz G8-Gipfel durch und haben selbst aktuelle Einsätze als Einsatzbeobachter besucht. Wir waren sehr dankbar für die breite und kollegiale Unterstützung aller Angefragten und sehen das als Verpflichtung, unsererseits auf Anfrage alles weiter zu geben, was wir erarbeitet haben.

Für alle gewöhnungsbedürftig war der Umstand, dass wir in vielen Bereichen zu einem Zeitpunkt bereits Festlegungen treffen mussten, zu dem sie fachlich fundiert noch nicht möglich waren. So mussten wir in die laufenden Haushaltsberatungen Planungsgrößen einbringen, obwohl wir noch nicht einmal einen gesicherten Veranstaltungsverlauf hatten. Wir

mussten eine Kräftevoranmeldung an das Innenministerium zu einem Zeitpunkt vorlegen, zu dem wir keine Versammlungs- oder Störerlage hatten. Wegen der engen Zeitläufe gab es dazu aber keine Alternative. Also arbeiteten wir zunächst mit Prognosen und Hypothesen und sicherten diese so gut es jeweils ging fachlich ab. Wir haben uns weiter damit beholfen, dass wir stets auf die ungesicherte Lage hinwiesen und die Anforderungen ständig aktuell fortschrieben.

Sobald die Abschnittsleiter benannt waren und diese ihre Vorbereitungsgruppen zusammengestellt hatten, haben wir sie in die Erarbeitung der Konzeptionen eingebunden. Dies war aus Zeit- und Ressourcengründen ohne Alternative und hatte den entscheidenden Vorteil, dass im Einsatz die »eigenen« Konzeptionen zur Anwendung kamen, was die vollständige und reibungslose Umsetzung gewährleistete. Allerdings war der Koordinations- und Abstimmungsbedarf in der Planungsphase damit umso höher. Dass damit die Konflikt-handhabung und die Entscheidungsnotwendigkeiten aus der Einsatz- in die Planungsphase vorverlegt wurden, habe ich als Vorteil gesehen.

5. Leitlinien

Ich möchte mich hier auf die Leitlinien beschränken, die einsatzentscheidend waren und auch diese nur fragmentarisch darstellen.

5.1 Sicherheit der Staatsgäste und ungestörte Veranstaltung

Die Sicherheit der Staatsgäste hat höchste Priorität.

Wir sorgen für eine ungestörte Veranstaltung.

Wir haben gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt ein abgestuftes Sicherheitszonenkonzept für die jeweiligen Aufenthaltsorte der Staatsgäste entwickelt, das erfolgreich war. Es hat für eine reibungslose Zusammenarbeit an den Schnittstellen zwischen BKA und BAO-Atlantik geführt und die geplante Störung der Veranstaltungen verhindert. Bei der räumlichen Ausdehnung der Sicherheitszonen hatten wir intern kontroverse Diskussionen, die zwischen den Polen Sicherheit der Staatsgäste und Freiheit der Bürger verliefen. Unser Selbstverständnis als »Bürgerpolizei« hat uns hier die Richtung gewiesen. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung und Kommunalpolitik zeigen, dass wir eine ausgewogene Balance gefunden haben. Die Zusammenarbeit mit dem BKA – Sicherungsgruppe – war aus unserer Sicht hervorragend. Wir haben den gesetzlichen Zuständigkeitsrahmen gemeinsam so ausgelegt, dass effiziente und funktional sinnvolle Abläufe zum gegenseitigen Nutzen gewährleistet waren.

Die Gewährleistung der Sicherheit bei den Bewegungen des amerikanischen Präsidenten unter freiem Himmel war in diesem Einsatz die größte Herausforderung. Insbesondere der Gang der Staats- und Regierungschefs am Samstag, dem 4. April 2009, auf der exponierten Fußgängerbrücke Passerelle über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg mit dem Überschreiten einer Staatsgrenze auf Brückenmitte inklusive einem Fototermin – von Kehl und Straßburg weithin einsehbar – hat unsere ganze Aufmerksamkeit gefordert. Einwirkungsmöglichkeiten bestanden aus zwei Staatsgebieten im und auf dem Rhein, aus der Luft und vom Land aus, Hafen- und Wohngebiet mit einem Hochhaus inklusive. Die Staats- und damit nationale Zuständigkeitsgrenze verläuft in diesem Bereich zu Wasser und in der Luft in Rheinmitte. Die Darstellung weiterer Details verbietet sich an dieser Stelle.

Während diesem Programmpunkt haben sich die Entscheidungsträger aller tangierten deutschen und französischen Po-

lizeien und Einsatzabschnitte in einer gemeinsamen vorgeschobenen Befehlsstelle auf dem in Sichtweite befindlichen Weißstannenturm auf deutscher Seite aufgehalten. Ziel war, abgestimmte Entscheidungen in der jeweiligen Zuständigkeit in Minutenschnelle ohne Kommunikationsbrüche treffen zu können. Alle denkbaren Szenarien waren zwischen den Beteiligten im Vorfeld detailliert besprochen und die Handlungsalternativen abgestimmt. Es hat funktioniert, wir waren in jeder Minute Herr der Lage.

Anekdotisch sei erwähnt, dass wir einen Tag vor dem Einsatz die vorgeschobene Befehlsstelle verlegen mussten, weil wir erfahren haben, dass sich ein bekanntes und renommier-tes Online-Medium in die oberste Wohnung des Hochhauses eingemietet hatte – mit sehr guten Mithörmöglichkeiten der Gespräche auf dem Dach.

5.2 Öffentlichkeitsarbeit und Bevölkerung

Die Sicherheit der Bevölkerung ist in allen Phasen zu gewährleisten, die Einschränkungen sind möglichst gering zu halten.

Wir betreiben eine offensive und abgestimmte einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Eine ausgesprochen offensive einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit haben wir nicht nur im Einsatz, sondern auch bewusst in der Planungs- und Vorbereitungsphase betrieben. Die örtlichen Medien transportierten »öffentliche Ungeduld« zu einer Zeit, als unsere Planungen noch nicht in einem veröffentlichen Stadium waren, weil noch nicht einmal die Veranstaltungslage endgültig klar war. Schon als einigermaßen gesicherte Planungen vorlagen, haben wir dann die vorgesehenen Einschränkungen für die Bevölkerung sehr offensiv kommuniziert. In zahlreichen Gemeinderats- und Ausschusssitzungen, Bürgerversammlungen, Zielgruppenveranstaltungen, Bürgerbüros in Kehl und Baden-Baden sowie mit einem Bürgertelefon und Internetauftritt haben wir unsere Planungen dargelegt und um Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen geworben und sie meines Erachtens auch erhalten. Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung und bei Mandatsträgern entstanden auch dadurch, dass der Polizeiführer und wichtige Führungskräfte aus dem örtlichen Bereich persönlich auftraten und sich jeder Diskussion gestellt haben. Einzelne Medien haben am Rande von Bürgerversammlungen und in den Sicherheitszonen nach unzufriedenen Bürgern regelrecht gesucht und einige wenige dann auch gefunden. Als einzigen Juristen, der die Einrichtung von Sicherheitszonen öffentlich kritisierte, hat man einen Rechtshistoriker aus Berlin gefunden. Mit seiner Stellungnahme haben wir uns nicht weiter auseinandergesetzt.

Das größte Interesse in der Bevölkerung bestand hinsichtlich der zu erwartenden Verkehrslage. Wir haben umfangreiche Verkehrslenkungspläne erstellt und diese sowie die zu erwartenden Störungen im Verkehrsfluss breit kommuniziert. Dabei haben wir immer vor einem zu erwartenden Verkehrskollaps gewarnt, den wir auch befürchtet haben. Tatsächlich blieb dann die Verkehrslage entspannt, weil sich wohl alle Verkehrsteilnehmer auf die Veranstaltung eingestellt haben. Eine Sperrung der wegen des Ferienbeginns in zehn Bundesländern stark belasteten Bundesautobahn 5 in Nord-Süd-Richtung für 45 Minuten während der Fahrt des Konvois der Staatsgäste von Baden-Baden nach Kehl führte letztlich lediglich zu einem Stau von ca. 5 km.

Auch im Einsatz haben wir den Medien im gemeinsamen Interesse breite Zugänge und tiefe, aber unverfängliche Einblicke gewährt, insbesondere da, wo Vertrauen in die Seriosität bestand. Enttäuscht wurden wir lediglich von einem »se-

riösen Redakteur« einer seriösen überregionalen Tageszeitung, der einen medienunerfahrenen Mitarbeiter mit nicht abgestimmten angeblichen Originalzitaten für eine Story missbraucht hat, die wir als unnötige und unseriöse Stimmungsmache gegen die Stadt Kehl bewertet haben.

Obwohl die intensive und offene Zusammenarbeit mit den Medien für manchen Polizisten durchaus gewöhnungsbedürftig war, wie zum Beispiel der Übertragungswagen des Südwestrundfunks auf dem Campus der Befehlsstelle oder die häufigen Aufnahmen zahlreicher Medien in der Befehlsstelle, hatten wir dadurch in den meisten Fällen die Deutungshoheit über das Geschehen. Monty Schädel und andere Natogegner hatten jedenfalls phasenweise Probleme, mit ihrer Botschaft durchzudringen.

5.3 Camps, Versammlungen und Blockaden

Wir gewährleisten die Durchführung aller friedlichen Formen der Versammlung.

Wir sind kooperativ und gehen differenziert und lageangepasst vor.

Blockaden beseitigen wir schnell und effizient.

Wir gewährleisten eine beweisichere Strafverfolgung.

Wir treten jederzeit korrekt und diszipliniert auf.

Die Grundlagen einer differenzierten und deeskalativen Kooperation mit Camp- und Versammlungsanmeldern brauche ich hier einer fachlich versierten Leserschaft nicht detailliert darzulegen. Ich will auf einige Spezifika eingehen, die nach unserer Bewertung erfolgskritisch waren.

Die Einrichtung einer zentralen Versammlungsbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe für den gesamten Veranstaltungsräum und -zeitraum bedurfte einer Änderung der Versammlungsrechtszuständigkeitsverordnung und hat sich hervorragend bewährt. Wir hatten diese dringende Empfehlung als Erfahrung aus dem G8-Gipfel von unseren Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern bekommen. Die Versammlungsbehörde haben wir mit drei Polizeivollzugsbeamten unterstützt, welche umfangreiche praktische Erfahrung, detaillierte Rechtskenntnisse und gute Teamfähigkeit eingebracht haben, was sich sehr bewährt hat.

Die Versammlungsbehörde wurde jeweils aktuell und klar strukturiert mit Erkenntnissen über Versammlungsanmelder und -leiter sowie mit Gefährdungslageeinschätzungen versorgt, so dass sie jederzeit »in der Lage« lebte. Drei Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz wurden von den zuständigen Verwaltungsgerichten abgelehnt, eine Beschwerde dagegen vom VGH Baden-Württemberg zurückgewiesen.

Bei den Kooperationsgesprächen waren immer versammlungserfahrene Führungskräfte der BAO Atlantik anwesend.

Dabei wurde den Anmeldern immer auch die baden-württembergische Linie dargelegt. Neben dem Schutz friedlicher Versammlungen gehörte dazu auch, dass wir keine Gewalttätigkeiten und Blockaden dulden würden. Das differenzierte und lageangepasste Vorgehen wurde immer wieder, auch in der Vorphase und gegenüber der Öffentlichkeit, kommuniziert. Dazu gehörte aber immer auch die Botschaft »wir sind nicht naiv« und »wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen«. Diese Sätze habe ich auch bei der Einsatzeinweisung der Einheitsführer der Bundespolizei und der unterstützenden Länderpolizeien immer wieder erläutert. Die Kollegen haben diese Linie ruhig, souverän und konsequent umgesetzt.

Ermöglicht bzw. gefördert wurde das natürlich durch den glücklichen Umstand, dass wir jederzeit ausreichend Kräfte zur Verfügung hatten.

Dass die Natogegner auf der deutschen Seite trotz Ankündigung, umfangreicher Standortsuche und vielfältiger Kooperationsgespräche letztlich kein Camp errichteten, ist zum einen auf die eher schleppende Mobilisierung seitens der Szene zurückzuführen, zum anderen waren die Auflagen seitens der deutschen Behörden und die angekündigte Aufsicht durch die Polizei erkennbar stringent. So kam man beim Mobilisierungstreffen in Straßburg überein, nur dort ein Aktionscamp zu errichten – mit allen später erkennbaren Folgen.

Im Vorfeld waren umfangreiche Blockadeaktionen in und um Baden-Baden, auf den Protokollrouten sowie Störungen in den Städten Kehl und Baden-Baden geplant und angekündigt worden. Dass es dann aber zu keinen Störungen und Blockaden kam, war dem Umstand zu verdanken, dass die Gewalttäter und Störer ihrerseits intensive Aufklärung betrieben und die Lage realistisch einschätzten. Die Kapazität der Gefangenessammelstelle war für die beiden Gipfeltage auf mindestens 400 Gewahrsamnahmen ausgelegt. Die Amtsgerichte Kehl und Karlsruhe an den Standorten der Gefangenessammelstellen hatten insgesamt 17 Richter für Maßnahmen nach dem Polizeigesetz in Bereitschaft. Die Bundespolizei hat im Einsatzraum umfangreiche Grenzkontrollen durchgeführt, und wir standen in der zweiten Reihe bereit, um ggf. mit Gewahrsamnahmen auf Störer zu reagieren, denen man die Ein- oder Ausreise nicht hätte verweigern können. Wir haben erfahren, dass viele Störer es vorzogen, auf der französischen Seite zu bleiben, weil sie die Sorge hatten, bei der großen Demonstration am Samstag, 4. April 2009, nicht in Straßburg sein zu können.

Eine Schlüsselfunktion kam im Einsatz der Kommunikation zu. Während im Vorfeld und der Planungsphase die Medien eine wichtige Übermittlerrolle übernahmen, konnte dies im Einsatz nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt funktionieren. Deshalb haben die Anti-Konflikt-Teams, die in BW eigens für diesen Einsatz »wiederbelebt« wurden, eine besondere und unverzichtbare Rolle gespielt. Wir hatten nicht nur tatkräftige Unterstützung aus Hessen, Niedersachsen, Berlin und Bayern im Einsatz, sondern auch Erfahrungen und Konzeptionen aus diesen Ländern übernommen und auf unseren Einsatz übertragen. Daneben sind professionelle »Lautsprecherteams« unabdingbar wichtig, wenn der Einsatzleiter vor Ort mit großen Menschenmengen angemessen kommunizieren will. Die hessischen Kollegen haben uns hier professionell unterstützt. Ich bin der festen Überzeugung, dass Differenzierung und Deeskalation vor Ort nur funktioniert, wenn man diese Kommunikationsmöglichkeiten hat und auch offensiv nutzt.

5.4 Aufklärung und Informationsgewinnung

Frühzeitige Erkenntnisgewinnung und umfassende Aufklärung sind Grundlage lageangepasster Einsatzmaßnahmen.

Diese Leitlinie wurde zu 100 % umgesetzt und hat zum Einsatzerfolg nachhaltig beigetragen. Aus Gründen der Geheimhaltung gehe ich hier nicht näher auf die Umstände ein.

Sehr hilfreich für die Lageeinschätzung und insbesondere auch für die Information der Öffentlichkeit und der Politik über die Absichten der Natogegner war eine systematische Internetaufklärung aus öffentlich zugänglichen Quellen. Wichtig ist für die realistische Lageeinschätzung jedoch der ständige Realitätscheck, denn ein einzelner Verbalradikaler mit Web-Kompetenz kann leicht Massen von zu erwartenden Störern vortäuschen, wo in Wirklichkeit eben nur ein Webmaster tätig ist.

6. Technik und technische Kommunikation

Im Bereich der Technik haben die Kolleginnen und Kollegen eine technische und logistische Meisterleistung hingelegt. Details sind an anderer Stelle nachzulesen.

Im Bereich der Kommunikation im Einsatz bestand phasenweise die Gefahr der Informationsüberflutung, ein EA-Leiter hat es »technischer Overkill« genannt. Bei den Kommunikationsmöglichkeiten Funk (2 m-, 4m-, Gleichwellen-, franz. Digitalfunk), Telefon (Draht, GSM, SMS-Massenversand, Konferenzschaltungen), Email, Intranet, Internet, Ladokumentationssystem (Ladok und EPSweb) und Panther Command (Kräfte- und Teilnehmerlokalisierungssystem auf GPS/GSM-Basis) muss der Kommunikationsplan künftig noch stringenter die anlassbezogenen zu nutzenden Kommunikationswege festlegen.

7. Zusammenarbeit mit Frankreich

Die Zusammenarbeit mit Frankreich war sehr intensiv und zwischen den Polizeien in der Region konstruktiv und vertrauensvoll. Die Kooperation erstreckte sich insbesondere auf gemeinsame Begleitkommandos und den Veranstaltungsschutz rund um die Fußgängerbrücke Passerelle zu Land, zu Wasser und in der Luft sowie auf gegenseitige technische Unterstützung. Alle getroffenen Absprachen wurden eingehalten.

Schwierig war, dass auf der französischen Seite der Präfekt die oberste strategische und operative Entscheidungsinstanz nicht nur für den Veranstaltungsverlauf, sondern auch für behördliche und polizeiliche Einsatzpläne war. Darüber hinaus entstand der Eindruck, dass auch Entscheidungen im Einsatz mit dem Präfekten rückgekoppelt wurden.

Wir waren einem hohen Mediendruck ausgesetzt, warum wir mit unseren starken Kräften nicht in Straßburg unter-

stützt hätten, als dort im Hafengebiet Plünderer und Brandstifter unterwegs wären. Dies war aber zu keinem Zeitpunkt vorgesehen, wäre rechtlich nur unter französischem Befehl möglich gewesen und hätte, wenn gewünscht, im Vorfeld des umfangreichen gemeinsamen Trainings bedurft. Unser Angebot, im unmittelbaren Grenzgebiet brennende Gebäude mit unseren bereitstehenden Wasserwerfern und der Kehler Feuerwehr ohne Störerkontakt zu löschen, wurde von Frankreich angenommen.

Im Übrigen waren nach unserem Eindruck die medialen und politischen Bewertungen des Geschehens national sehr unterschiedlich. Wir haben uns stringent auf die Bewertung und Erklärung des Polizeieinsatzes auf deutscher Seite beschränkt.

8. Zusammenarbeit mit anderen Polizeien und Behörden

Die Zusammenarbeit mit den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben war durchgängig vorbildlich. Alle haben sich in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt und auf das gleiche Ziel hin gearbeitet.

Ein Teil der vielfältigen Kooperationspartner ergibt sich aus der abschließenden Übersicht. Die größte Schwierigkeit bestand darin, die Absprachen und Vereinbarungen, die vor Ort und abhängig vom sich ständig fortentwickelten Veranstaltungsverlauf jeweils aktuell getroffen werden mussten, mit allen Beteiligten abzustimmen. Da allseits guter Wille festzustellen war, ist dies meistens gelungen, auch wenn vereinzelt Informationsbrüche festzustellen waren. Missverständnisse konnten jeweils zeitnah und konstruktiv ausgeräumt werden.

Dass der Einsatz nach unserer Bewertung ein voller Erfolg war, ist einer großen gemeinsamen Teamleistung zu verdanken, bei der sich nahezu Jede und Jeder mit vollem Engagement eingebracht hat.

Bernd Walter, Präsident eines Grenzschutzpräsidiums a. D.

Und noch eine Erwiderung oder Die endlose Geschichte vom finalen Rettungsschuss

Nicht nur Angehörige eines SEK oder die Flugsicherheitsbegleiter der Bundespolizei, sondern auch Streifenpolizisten müssen in Extremsituationen in Sekundenschnelle über den Einsatz der Schusswaffe entscheiden; oft handelt es sich um existenzielle Entscheidungen und die Folgen sind nicht selten irreversibel. Wer nun aber meint, dass in diesem Bereich hinreichende Rechtssicherheit herrscht, sieht sich bei der Flut divergierender Erörterungen zu diesem Thema getäuscht. Allein die in Buchform erschienenen Veröffentlichungen¹ sind eine abendfüllende Lektüre, die Einzelbeiträge hingegen sind kaum noch zu überblicken (was allerdings auch nicht unbedingt erforderlich ist, da sie selten Neues bringen).

¹ U. a. *Buchert*, Zum polizeilichen Schusswaffengebrauch, 1975; *Sundermann*, Schusswaffengebrauch im Polizeirecht, 1984; *Neuwirth*, Polizeilicher Schusswaffengebrauch gegen Personen, 1997; *Mußnug*, Das Recht des polizeilichen Schusswaffengebrauchs, 2001; *Witzstrock*, Der polizeiliche Todesschuss, 2001; *Ley/Burkhardt*, Polizeilicher Schusswaffengebrauch, 2001.

Nun könnte man sich damit beruhigen, dass z. B. angehende Jungjuristen stets auf der Suche nach einem interpretationsfähigen Thema für Doktorarbeiten sind, um der Fülle ungelesener Dissertationen eine weitere hinzuzufügen. Wenn sich allerdings nunmehr drei veritable Juristen in vier Beiträgen in dieser Zeitung divergierend zum juristischen Uraltthema des finalen Rettungsschusses äußern,² ist es Zeit aufzumerken. Auch wenn im Zeitalter der Verwissenschaftlichung der Polizeiausbildung eine möglichst hohe Anzahl von Veröffentlichungen der erforderliche Tribut an die scientific community zu sein scheint, stellt sich Frage, ob dem praktizierenden Polizisten damit ein Gefallen getan wird. Immerhin erhebt »DIE POLIZEI« in ihrer Internetcharakteristik den Anspruch, den Entscheidungsträgern einen Service zu

² *Kutschka*, Die Polizei 2008, S. 289 ff.; *Gintzel*, Die Polizei 2008, S. 333 ff.; *Arzt*, Die Polizei 2009, S. 52 ff.; *Gintzel*, Die Polizei 2009, S. 114 ff.)